

Anlage 4

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU im Rat der Stadt Neustadt a.Rbge

„Straßenausbaubeiträge optimieren“

Antrag:

gemäß Paragraph 6 der Geschäftsordnung des Rates.

Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Kalkulation vorzulegen, in welchem Umfang eine Erhöhung der Grundsteuer erforderlich wäre um auf die bisher erhobenen Anliegerbeiträge zu verzichten. Dabei soll berücksichtigt werden, in welcher Höhe Anliegerbeiträge in den vergangenen drei Jahren erhoben wurden, welche Ausbaumaßnahmen nach dem vorliegenden Straßenzustandskataster erforderlich und von dem vorhandenen Personal fachlich leistbar (Planung und Überwachung) sind.

Begründung:

Durch die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen werden die Anlieger teilweise erheblich belastet. Die dadurch entstehenden Forderungen sind sowohl zeitlich als auch in ihrer Höhe für die Betroffenen kaum planbar. Durch eine Finanzierung über die Grundsteuer würde eine gleichmäßige Belastung der Einwohnerinnen und Einwohner erfolgen ohne dass durch hohe Forderungen in Einzelfällen (besonders für junge Familien und Rentnerhaushalte) existenzbedrohende Situationen entstehen.

Gleichzeitig kann durch den Verzicht auf die Erhebung von Ausbaubeiträgen in der Stadtverwaltung Personal im Umfang von 1 bis 2 Stellen eingespart werden.

Harald Baumann
SPD Fraktion

Sebastian Lechner
CDU Fraktion

Neustadt den 01.03.2018